

Übungsleiter in gemeinnützigen Sportvereinen

1. Der Übungsleiterfreibetrag
2. Begünstigte Tätigkeiten
3. Nebenberufliche Tätigkeit
4. Mehrere Tätigkeiten nebeneinander
5. Selbstständig oder unselbstständig?
6. Das Statusfeststellungsverfahren der Deutschen Rentenversicherung
7. Der selbstständige Übungsleiter
 - 7.1. Steuerliche Konsequenzen für den selbstständigen Übungsleiter
 - 7.2. Rentenversicherungspflicht für den selbstständigen Übungsleiter
8. Der nicht selbstständige Übungsleiter
 - 8.1. Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung des Arbeitslohns, der an nichtselbstständige Übungsleiter gezahlt wird
 - 8.2. 520-Euro-Minijob
 - 8.3. Rentenversicherungspflicht
 - 8.4. Steuerfreie Zahlungen neben dem Übungsleiterfreibetrag
9. Hinzuverdienstgrenzen Rentner, Arbeitslose, Bezieher von Sozialleistungen, in der Krankenversicherung familienversicherte Personen
10. Nettolohnvereinbarungen

Beispiele für Berechnungen

1. Der so genannte Übungsleiterfreibetrag

Aufwandsentschädigungen, die für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter für einen gemeinnützigen Verein gezahlt werden, sind bis zur Höhe von insgesamt 3.000 € im Jahr steuerfrei¹. Dieser Freibetrag gilt auch für die Sozialversicherung.² Der Freibetrag ist ein Jahresbetrag und muss nicht zeitanteilig aufgeteilt werden.

2. Begünstigte Tätigkeiten

Begünstigt sind die nebenberuflichen Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder eine vergleichbare Tätigkeit im Dienst eines gemeinnützigen Vereins. Gemeinsam haben diese Tätigkeiten, dass durch persönliche Kontakte Einfluss auf andere Menschen genommen wird, um auf diese Weise deren Fähigkeiten zu entwickeln und zu fördern. Insgesamt handelt es sich um Tätigkeiten mit einer pädagogischen Ausrichtung. Als Beispiele für entsprechende Tätigkeiten sind in den Lohnsteuerrichtlinien³ u. a. genannt:

- Lehr- und Vortragsveranstaltungen aller Art,
- Übungsleiter- und Trainertätigkeit,
- Tätigkeit als Aufsichtsperson (z.B. in der Altenpflege oder als Jugendleiter),
- Erste-Hilfe-Kurse,
- Prüfungstätigkeit.

Nicht begünstigt ist die nebenberufliche Tätigkeit als

- Vereinsvorsitzender,
- Vereinskassierer,
- Geräte- oder Platzwart,
- Ordner,
- Schiedsrichter.

3. Nebenberufliche Tätigkeit

Voraussetzung für die Gewährung des Freibetrages von 3.000 € jährlich ist, dass die Tätigkeit nebenberuflich ausgeübt wird, wobei es keine Rolle spielt, ob der Übungsleiter selbstständig oder unselbstständig tätig ist. Der Begriff der Nebenberuflichkeit ist so definiert, dass Nebentätigkeit vorliegt, wenn sie nicht mehr als ein Drittel der Arbeitszeit eines vergleichbaren Vollzeiterwerbs in Anspruch nimmt. In der Regel gilt damit eine Tätigkeit bis 14 Stunden / Woche als nebenberuflich.

Nebenberuflich kann auch tätig sein, wer im steuerrechtlichen Sinn keinen Hauptberuf ausübt, z.B. Hausfrauen, Rentner, Studenten, Arbeitslose. Die Nebentätigkeit muss nur neben einer Haupttätigkeit ausgeübt werden *können*.

¹ § 3 Nr. 26 EStG

² § 14 Abs. 1 Satz 3 SGB IV

³ R 3.26 Abs. 1 LStR

4. Mehrere Nebentätigkeiten nebeneinander

Bei der Beurteilung sind mehrere *gleichartige* Nebentätigkeiten, z. B. als Trainer in verschiedenen Sportvereinen, zusammenzufassen. Der Freibetrag von 3.000 € jährlich darf von jedem Übungsleiter insgesamt nur einmal in Anspruch genommen werden.

Bei mehreren *verschiedenen* Nebentätigkeiten erfolgt die Prüfung der Nebentätigkeit getrennt. Auch dann darf der Freibetrag von 3.000 € jährlich insgesamt jedoch nur einmal in Anspruch genommen werden.

5. Selbstständig oder unselbstständig?

Ein zentrales Problem ist die Frage, wann Übungsleiter ihre Tätigkeit als Selbstständige ausüben und wann sie als abhängig Beschäftigte gelten. Die Beurteilung richtet sich nach den Umständen des Einzelfalles. Der formale Abschluss eines Mustervertrages wie er auf der Internet-Seite des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)⁴ veröffentlicht ist, geht ins Leere, wenn die tatsächlichen Verhältnisse nicht deckungsgleich sind.

Die Deutsche Rentenversicherung hat die verschiedenen Kriterien, die sich aus der Rechtsprechung ergeben, zusammengestellt⁵. Die wichtigsten Merkmale, die für eine selbstständige Tätigkeit der Übungsleiter sprechen, sind:

- Durchführung des Trainings in eigener Verantwortung; der Übungsleiter legt Dauer, Lage und Inhalte des Trainings selbst fest und stimmt sich wegen der Nutzung der Sportanlagen selbst mit anderen Beauftragten des Vereins ab;
- der zeitliche Aufwand und die Höhe der Vergütung; je geringer der zeitliche Aufwand des Übungsleiters und je geringer seine Vergütung ist, desto mehr spricht für seine Selbstständigkeit. Je größer dagegen der zeitliche Aufwand und je höher die Vergütung des Übungsleiters ist, desto mehr spricht für eine Eingliederung in den Verein und damit für eine abhängige Beschäftigung.

Dagegen spricht für das Vorliegen eines Beschäftigungsverhältnisses, wenn z. B. mit dem Verein Ansprüche auf durchgehende Bezahlung bei Urlaub oder Krankheit sowie Ansprüche auf Weihnachtsgeld oder vergleichbare Leistungen vertraglich vereinbart worden sind.

Entscheidend für die wichtige sozialversicherungsrechtliche Beurteilung ist in jedem Fall eine Gesamtwürdigung aller im konkreten Einzelfall vorliegenden Umstände.

Daraus ergeben sich z. B. folgende Fragen:

- Inwieweit ist der Auftragnehmer, auch räumlich, in die betriebliche Organisation des Auftraggebers eingebunden?
- Besteht örtliche Weisungsgebundenheit?

⁴ https://cdn.dosb.de/alter_Datenbestand/fm-dosb/arbeitsfelder/Ausbildung/Freier_Mitarbeiter-Vertrag_als_UebungsleiterSport.pdf : „Freier-Mitarbeiter-Vertrag als Übungsleiter/Sport“

⁵ https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fachliteratur_Kommentare_Gesetzestexte/summa_summarum/rundschreiben/2022/statusfestellung_erwerbstaetige.zip?__blob=publicationFile&v=1 : „Katalog bestimmter Berufsgruppen zur Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit“ (Anlage 5 zum Katalog bestimmter Berufsgruppen zur Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit)

- Kann der Übungsleiter weitgehend frei über den Zeitrahmen zur Erbringung seiner Leistungen bestimmen oder ist er in Dienstpläne des Vereins eingebunden, so dass ihm eigene „Zeitsouveränität“ fehlt (zeitliche Weisungsgebundenheit)?
- Kann der Auftragnehmer selbst entscheiden, was er wann und wie bearbeitet oder ist er diesbezüglichen Weisungen des Auftraggebers unterworfen?
- Muss er darüber hinaus die Dienstleistung persönlich erbringen oder kann er, wie ausdrücklich im Mustervertrag vorgesehen, Hilfspersonen hinzuziehen und die Dienstleistung im Einzelfall ablehnen (inhaltliche Weisungsgebundenheit)?

6. Das Statusfeststellungsverfahren der Deutschen Rentenversicherung

Bestehen Zweifel an der sozialversicherungsrechtlichen Einordnung einer Tätigkeit als selbstständige Tätigkeit oder abhängige Beschäftigung, verschafft das Statusfeststellungsverfahren bei der so genannten Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung⁶ Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Beteiligte, die eine Statusfeststellung beantragen können, sind Übungsleiter und Verein. Der Antrag kann von den Beteiligten gemeinsam gestellt werden, wobei diese sich über die Beurteilung der Tätigkeit nicht einig zu sein brauchen. Da die Vereine grundsätzlich das Risiko einer Fehleinschätzung tragen, ist das beschriebene Verfahren zur Minimierung von Haftungsrisiken unbedingt zu empfehlen.

7. Der selbstständige Übungsleiter

7.1. Steuerliche Konsequenzen für den selbstständigen Übungsleiter

Selbstständig tätige Übungsleiter haben ihre Honorare selbst zu versteuern. Sie können den Übungsleiterfreibetrag in Höhe von 3.000 € von ihren Einnahmen abziehen und versteuern den verbleibenden Überschuss. Eventuelle tatsächliche Ausgaben können nur abgezogen werden, wenn diese 3.000 € übersteigen. Erzielt ein Übungsleiter steuerfreie Einnahmen unterhalb des Übungsleiterfreibetrags, kann er die damit zusammenhängenden Aufwendungen insoweit abziehen, als sie die Einnahmen übersteigen; Voraussetzung ist, dass hinsichtlich der Tätigkeit eine Einkünfteerzielungsabsicht vorliegt.

Die Gewährung des Freibetrages ist auch bei selbstständigen Übungsleitern davon abhängig, dass es sich um eine nebenberufliche Tätigkeit handelt, d.h. dass nicht mehr als ein Drittel der Zeit im Vergleich zu einer hauptberuflichen Tätigkeit aufgewendet wird.

7.2. Rentenversicherungspflicht für den selbstständigen Übungsleiter

Wenig beachtet wird, dass bestimmte selbstständig tätige Personen in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind. Zu diesem Personenkreis gehören u. a.

- selbstständig tätige Lehrer/innen und Erzieher/innen⁷ und
- Selbstständige mit nur einem Hauptauftraggeber⁸.

Der Begriff des Lehrers ist definiert als Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und praktischen Fertigkeiten. Zu dieser Personengruppe gehören damit auch selbstständige Übungsleiter, Trainer und Sportlehrer. Die Rentenversicherungspflicht entsteht, wenn diese Lehrer selbst keinen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen oder mehre-

⁶ Statusfeststellungsverfahren nach § 7a Absatz 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch IV (auf Antrag). Auf der Internetseite der DRV Bund ([Stichwort: Statusfeststellung](#)) sind der Fragebogen „Antrag auf Feststellung des sozialversicherungsrechtlichen Status“ (V027 PDF) und die Erläuterungen zum Antrag (V028 PDF) zu finden.

⁷ § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

⁸ § 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI

re geringfügig Beschäftigte, die zusammen einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer ersetzen.

Eine Ausnahme von der Rentenversicherungspflicht gilt für Personen, die eine geringfügige selbstständige Tätigkeit ausüben. Dies ist der Fall, wenn das Entgelt nicht mehr als 520 € im Monat beträgt oder es sich um eine kurzfristige Beschäftigung (nicht mehr als zwei Monate bzw. 50 Tage im Jahr) handelt. Bei der Berechnung des Entgelts ist der Übungsleiterfreibetrag von 3.000 € zu berücksichtigen.

Die nach § 3 Nr. 26 EStG steuerfreien Einkünfte unterliegen auch bei Selbständigen nicht der Rentenversicherungspflicht. Deshalb erhöht sich das monatliche Entgelt, welches bei selbständigen Übungsleitern versicherungsfrei bleibt, auf 770 €⁹.

Bei Selbständigen mit einem Hauptauftraggeber tritt Versicherungspflicht ein, wenn diese keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen und im Wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig sind. Auf den Inhalt der Tätigkeit kommt es nicht an.

8. Der nicht selbstständige Übungsleiter

8.1. Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung des Arbeitslohns, der an nichtselbstständige Übungsleiter gezahlt wird

Wenn die Prüfung zum Stichwort „Selbstständig oder unselbstständig“ mit dem Ergebnis abschließt, dass der Übungsleiter Arbeitnehmer ist, hat der Verein als Arbeitgeber die Pflichten, die gesetzlichen Abgaben abzuführen und die Meldepflichten zu beachten.

Zunächst ist zu prüfen, ob der Übungsleiterfreibetrag nicht schon bei einem anderen Verein ganz oder teilweise „verbraucht“ worden ist. Um dies abzusichern, ist der Arbeitgeber verpflichtet, sich vom Übungsleiter schriftlich bestätigen zu lassen, dass der Freibetrag nicht in einem anderen Dienstverhältnis berücksichtigt wird. Diese Erklärung ist zum Lohnkonto zu nehmen.¹⁰

Weiter muss der Verein klären, dass der Übungsleiter keinen anderen Minijob neben seiner Haupttätigkeit und der Tätigkeit in diesem Verein ausübt.

8.2. 520-Euro-Minijob

Übersteigt das Arbeitsentgelt regelmäßig 520 € im Monat nicht, so liegt ein sog. 520-Euro-Minijob vor (geringfügige Beschäftigung). Der steuerfreie Übungsleiterfreibetrag ist hierbei nicht zu berücksichtigen. Bei einer Umrechnung des Übungsleiterfreibetrages auf den Monat können somit bis zu 770 € monatlich gezahlt werden, ohne dass die Grenzen einer geringfügigen Beschäftigung¹¹ überschritten werden. Unter dem „regelmäßigen“ monatlichen Arbeitsentgelts ist das Arbeitsentgelt zu verstehen, auf das der Übungsleiter einen Rechtsanspruch hat (z.B. aufgrund eines Tarifvertrags, einer Betriebsvereinbarung oder einer Einzelabsprache). Insoweit kommt es auf die Höhe des tatsächlich gezahlten Arbeitsentgelts nicht an. Ein arbeitsrechtlich zulässiger schriftlicher Verzicht auf künftig entstehende Arbeitsentgeltansprüche mindert das zu berücksichtigende Arbeitsentgelt.

Die geringfügig beschäftigten Übungsleiter sind mit der ersten Lohn- und Gehaltsabrechnung, spätestens jedoch innerhalb von sechs Wochen nach Aufnahme der Beschäftigung bei der Minijob-Zentrale anzumelden¹². Dort wird auch ein Abgleich vorgenommen, ob und

⁹ 520 € + 1/12 von 3.000 €

¹⁰ R 3.26 Abs. 10 LStR

¹¹ § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV

ggf. in welchem Umfang weitere Minijobs bestehen. Meldungen und Beitragsnachweise dürfen grundsätzlich nur durch Datenübertragung mittels zugelassener systemgeprüfter Programme (Entgeltabrechnungsprogramme) an die Einzugsstellen (Krankenkassen/Minijob-Zentrale) übermittelt werden. Weiterhin wird für die Abwicklung des Beitrags- und Meldeverfahrens eine achtstellige Betriebsnummer benötigt, die von der Agentur für Arbeit vergeben wird.

Die vom Arbeitgeber zu zahlende Pauschalabgabe beträgt ca. 30% der Vergütung nach Abzug des Übungsleiterfreibetrages und setzt sich wie folgt zusammen:

15 %	Rentenversicherung
13 %	Krankenversicherung
2 %	pauschale Lohnsteuer
0,09%	Insolvenzgeldumlage
0,9%	Umlage für Krankheitsaufwendungen - U1 (80%)
0,29%	Umlage für Mutterschaftsaufwendungen U2 (100%)

Ferner sind die Umlagen zur Ausgleichskasse U1 (Krankheitskosten) und U2 (Mutterschaftskosten) und Insolvenzgeldumlage zu entrichten. Eine Abwälzung dieser Abgaben auf den Arbeitnehmer ist nicht zulässig.

Die pauschalen Beiträge zur Krankenversicherung entfallen, wenn der Übungsleiter privat krankenversichert ist.

Der Pauschalbeitrag zu Rentenversicherung knüpft allein an das Bestehen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses an. Beiträge zu Rentenversicherung werden deshalb auch fällig, wenn Beamte oder Rentner den 520€-Job ausüben.

Die pauschale Lohnsteuer kann gespart werden, wenn der Übungsleiter eine Lohnsteuerkarte vorlegt. Z. B. bei Schülern, Studenten oder Rentnern kann in manchen Fällen so auch die 2%-ige Pauschalsteuer vermieden werden.

8.3. Rentenversicherungspflicht und Befreiungsantrag

Alle seit 2013 neu begründeten Minijobs sind rentenversicherungspflichtig. Neben dem Beitrag des Arbeitgebers (15%) zahlt der Arbeitnehmer die Differenz (3,6%) zum Beitrag der gesetzlichen Rentenversicherung. Dafür erwirbt der Übungsleiter entsprechende Ansprüche. Auf schriftlichen Antrag des Arbeitnehmers ist eine Befreiung von der Versicherungspflicht möglich. Der Antrag ist mit dem Eingangsdatum zu versehen und zur Lohnakte zu nehmen.

Besondere Übergangsregelungen gibt es für Beschäftigte, die bis zum 31.09.2022 zwischen regelmäßig 450,01 € und 520,- € im Monat (und damit über der Minijobgrenze von damals noch 450,- €) verdient haben, ab 01.10.2022 durch die Anhebung der Minijob-Grenze aber nun zu den geringfügig Beschäftigten zählen. Hier ist eine genaue Betrachtung des Einzelfalls geboten.

8.4. Steuerfreie Zahlungen neben dem Übungsleiterfreibetrag

Wenn der Übungsleiter Arbeitnehmer ist, können neben dem Übungsleiterfreibetrag verschiedene Beträge steuerfrei ausgezahlt werden. Dazu gehören insbesondere:

¹² www.minijob-zentrale.de Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Pieperstr. 14-29, 44789 Bochum

Reisekosten für Dienstreisen in Höhe der Pauschsätze gem. § 3 Nr. 16 EStG, also

- Fahrtkosten (aber keine Fahrkosten für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte),
- Mehraufwendungen für Verpflegung
- Übernachtungskosten
- Reisenebenkosten
- Auslagenersatz

Ehrenamtspauschale nach § 3 Nr. 26a EStG (diese muss jedoch für eine Tätigkeit gezahlt werden, für die der Übungsleiterfreibetrag nicht zur Anwendung gelangt).

9. Hinzuverdienstgrenzen Rentner, Arbeitslose, Bezieher von Sozialleistungen, in der Krankenversicherung familienversicherte Personen

Für Bezieher von vorgezogenem Altersruhegeld, Erwerbsunfähigkeitsrenten, Arbeitslosen, Beziehern von Sozialleistungen und Personen, die z.B. über den Ehemann oder den Vater in der Krankenversicherung familienversichert sind, gelten besondere Hinzuverdienstgrenzen, die im Einzelfall zu klären sind und durchaus unter 520 € liegen können. Außerdem bestehen in verschiedenen Fällen Meldepflichten, z.B. bei Beziehern von Arbeitslosengeld.

10. Nettolohnvereinbarung

Arbeitnehmer und Arbeitgeber können arbeitsvertraglich eine Nettolohnvereinbarung treffen. Der Arbeitnehmer wird dadurch von seiner Steuerschuld und ggf. auch von seiner Beitragslast befreit; diese Anteile werden zusätzlich vom Arbeitgeber übernommen. Erforderlich ist allerdings eine klare und ausdrückliche Vereinbarung, die im Streitfall als Ausnahme vom Grundsatz des Bruttolohnes durch den Arbeitnehmer dargelegt und bewiesen werden muss (BFH-Urteile vom 14. 3. 1986, BStBl. II S. 886 und vom 13. 10. 1989, BStBl. 1990 II S. 30).

Der Verein sollte allerdings äußerst vorsichtig mit der Verwendung von Nettolohnvereinbarungen sein; am besten werden sie vollständig vermieden. Das Risiko für den Verein durch rechtliche Änderungen oder Änderungen der tatsächlichen Verhältnisse (z.B. durch Steuerklassenwechsel des Übungsleiters, Änderung von Freibeträgen u. ä.) und die finanziellen Konsequenzen ist nicht absehbar.

Kiel, den 14. November 2022

Steuerberater Ulrich Boock
TAKE MARACKE & PARTNER
Wirtschaftsprüfer – Steuerberater – Rechtsanwälte

www.take-maracke.de